

Solidarität – national, europäisch, global?

STEPHAN LESSENICH, MICHAEL REDER, DIETMAR SÜß

Solidarität ist gegenwärtig (wieder) in aller Munde“: Dieser Satz, mit dem unser eigener Beitrag zu diesem Schwerpunkttheft beginnt, hat mittlerweile eine Aktualität erlangt, die wir uns selber nicht hätten träumen lassen. Als das Heft geplant wurde, hielt man „Corona“ noch für eine Biermarke oder für eine Leuchterscheinung um Mond und Sonne – sofern das Wort überhaupt bekannt war. Spätestens seit März 2020 aber kennt es jedes Kind. Die Corona-Pandemie hat Hunderttausende von Menschenleben gekostet, sie ist Teil des Alltags unzähliger Menschen rund um den Globus geworden. Das Corona-Virus hat die Welt verändert – und der Norm der Solidarität eine ungeahnte Renaissance beschert.

Nicht nur die Wenigen, die sich wissenschaftlich mit diesem Hochwertbegriff beschäftigen, dürfte diese plötzliche Sonderkonjunktur überrascht haben. Sie hat auch all jene Akteure aufhorchen lassen, denen die Beförderung einer solidarischen Gesellschaft ein politisches Anliegen ist. Kurzfristig mögen sie gemeint haben, dass die Zeit nun auf ihrer Seite sei. Denn mit der Pandemie wurde ganz unmittelbar erfahrbar, was die Menschen über all ihre Unterschiede hinweg eint, was sie miteinander teilen: das Menschsein nämlich, die Verletzlichkeit der menschlichen Existenz, die Sorge um das physische Überleben. Eine*r für alle, alle für eine*n: Solidarität ist machbar, so mochte es dank Corona erscheinen – national, europäisch, global.

Dass diese Euphorie zum Redaktionsschluss dieses Hefts im Juni 2020 schon wieder verflogen scheint, mag selbst wiederum nur eine Momentaufnahme des Zeitgeschehens sein. Wer weiß schon, was nach dem Abebben der ersten Infektionswelle in Europa eine mögliche zweite Welle bringen wird – an sozialen Verwerfungen, aber auch an Solidaritätsdynamiken? Schon heute allerdings lässt sich eine Zwischenbilanz ziehen, die überaus ambivalent ausfällt.

Was nämlich bislang coronabedingt als „Solidarität“ firmierte, waren zumeist typische Formen der sozialen Anerkennung und Unterstützung, noch häufiger aber bloße Akte individueller und kollektiver Regelbefolgung. Es gab symbolisch-demonstrative Kundgebungen von Zusammenhalt, es gab nachbarschaftliche Einkaufshilfe und die Freiwilligen im Gesundheitswesen. Vor allem aber gab es ein amtlich verfügt Sozialverhalten, das für ein substanzielles Solidaritätsverständnis weniger Ausweis ist denn Problem: Wer seinen Mitmenschen etwas Gutes tun wollte, machte demnach idealerweise gar nichts – verließ nicht das Haus, traf keine Freunde, hielt Abstand. Das vielzitierte *social distancing*, epidemiologisch zweifelsohne geboten, ist solidaritätslogisch offenkundig ein Widerspruch in sich: geradezu das Gegenteil eines physisch erfahrbaren Zusammensehens, wie es für solidarische Kämpfe etwa um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten oder betriebliche Mitbestimmung charakteristisch war.

Doch nicht nur die generalisierte Distanznahme der gleichermaßen Betroffenen setzte der Corona-Solidarität Grenzen. Schon mit der allgemeinen Gleichbetroffenheit durch das Virus war es ja erkennbar nicht weit her: Auch wenn man zwischenzeitlich den Eindruck gewinnen musste, die Deutschen seien ein Volk von Heimarbeitenden, war das Infektionsrisiko unter den Beschäftigten doch alles andere als gleich verteilt (man frage nur die osteuropäischen Vertragsarbeiter in deutschen Fleischfabriken). Und ebenso wenig egalitär waren die Möglichkeiten, bei

einer Corona-Infektion das Quarantänegebot zu befolgen bzw. bei schwerem Verlauf die bestmögliche medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen – oder, wenn man in einer Flüchtlingsunterkunft hauste, auch nur die unbedingt notwendige.

Damit aber sind nur die Grenzen einer solidarischen Bewältigung der Pandemie benannt, die sich schon hierzulande auftaten. Die Idee einer internationalen Solidarität wurde von den politisch Verantwortlichen zwar rhetorisch durchaus bemüht. Faktisch aber war es mit ihr nicht weit her, schon im europäischen Kontext nicht, geschweige denn im globalen. Nicht zufällig gehörte es zu den ersten Krisenmaßnahmen etwa der Bundesregierung, das Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge zu stoppen und den Export von medizinischer Ausrüstung zu unterbinden, selbst innerhalb der EU. Und unter den reichen Industrieländern begann bald schon der Wettbewerb um nationale Beteiligungen an jenen Unternehmen, die an der Entwicklung eines Impfstoffs arbeiten. Dass in diesem Rennen die schwer betroffenen Länder Lateinamerikas und zumal Afrikas auf der Strecke bleiben werden, liegt auf der (alles andere als unsichtbaren) Hand.

Es sei ein Gebot der Moral, so lauteten denn die Appelle von Vereinten Nationen und internationalen Hilfsorganisationen, auch den ärmeren Teilen der Weltbevölkerung Zugang zum rettenden Serum zu gewähren. Dabei wäre es vielmehr ein Gebot der Solidarität: Einer Praxis also, die nicht im Kreis der Familie, der Kommune oder der Nation verbleibt, sich nicht ausschließlich unter Gleichen vollzieht, sondern Differenzen und Distanzen zu überbrücken sucht; einer Praxis, die auch diejenigen im Blick hat, die (noch) nicht zu der Eigengruppe gehören. Und einer Praxis, bei der idealerweise nicht nur *für* andere gehandelt, also soziale Stellvertreterpolitik betrieben wird, sondern *mit* anderen – im gemeinsamen Austausch von Positionen und Perspektiven, um auf dieser geteilten Grundlage auch gemeinsam Ziele verfolgen zu können.

Dass das Ringen um Solidarität im Zeichen der Pandemie noch gar nicht zu erkennen war, als dieses Heft konzipiert wurde, ist also kein Manko – im Gegenteil: Es zeigt nur, wie schnell sich die gesellschaftlichen Dinge verändern können. Ob nun zum Guten oder zum Schlechten, ist nicht zuletzt eine Frage ihrer kritischen Reflexion. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

STEPHAN LESSENICH, Prof. Dr., lehrt Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

@ stephan.lessenich@lmu.de

MICHAEL REDER, Prof. Dr. phil., ist Inhaber des Lehrstuhls für Praktische Philosophie an der Hochschule für Philosophie München.

@ michael.reder@hfph.de

DIETMAR SÜß, Prof. Dr., ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg.

@ dietmar.suess@philhist.uni-augsburg.de